Anzeiger für den Kreis Pleß

Bezugspreis: Frei ins Haus durch Boten oder durch die Post bezogen monatlich 1,50 Złoty. Der Anzeiger für den Kreis Pleß erscheint Mittwoch und Sonnabend. **Geschäftsstelle:** Pleß, ul. Piastowska 1

Plesser Stadtblatt

Anzeigenpreis: Die 4-gespaltene mm-Zeile für Polnisch-Oberschlesien 7 Gr. Telegramm-Adresse: „Anzeiger" Pleß. Post-Sparkassen-Konto 302622. Fernruf Pleß Nr. 52

Nr. 83. | Mittwoch, den 24. Oktober 1934. | 83. Jahrgang.

„Weisen von Zion"

Im Berner Assisensaal (Amtshaus) werden am 29. Oktober nach annähernd einjähriger Unterbrechung die Verhandlungen in der Strafsache Schweizerischer Israelitischer Gemeindebund und Israelitische Kultusgemeinde Bern gegen die Gauleitung des Bundes National-sozialistischer Eidgenossen und weitere Angeschuldigte wieder aufgenommen.

Als sich zu Beginn des vorigen Jahres auch in der Schweiz die antisemitische Welle fühlbar machte, und insbesondere durch verschiedene Druckerzeugnisse in der Oeffentlichkeit erkennbar wurde, entschloß sich der Schweizerische Israelitische Gemeindebund sowie die Israelitische Kultusgemeinde Bern, vertreten durch die Anwälte Prof. Dr. H. Matti und Georges Brunschvig, beide in Bern gegen die Gauleitung einer neuen politischen Gruppe (Bund nationalsozialistischer Eidgenossen) und weitere Unbekannte eine Strafanzeige einzureichen.

Die Kläger stützten sich dabei auf eine Bestimmung des kantonal-bernischen Gesetzes über Maßnahmen gegen Schundliteratur.

Gegenstand der Klage sind ein von den Angeschuldigten verbreitetes Pamphlet, Zeitungen und insbesondere die in aller Welt bekannten „Protokolle der Weisen von Zion". Diese letzteren werden von den Klägern als grobe Fälschung bezeichnet. Die Kläger beantragen die inkriminierten Schriften als verboten zu betrachten und zu konfiszieren.

Da es sich um ein Offizialdelikt handelt, das von Amtswegen verfolgt werden muß, war der Richter genötigt, den für die Verbreitung der eingeklagten Schrifterzeugnisse verantwortlichen Personen nachzuforschen. So wurden denn verschiedene Personen, einerseits Mitglieder der „Nationalen Front", andererseits Angehörige des Bundes nationalsozialistischer Eidgenossen, bei letzteren auch deren damaliger Landesleiter Architekt Theodor Fischer in den Anklagezustand versetzt.

Am 16. November 1933 fand vor dem Richteramt V in Bern die erste Hauptverhandlung statt.

Sämtliche geladenen Angeschuldigten waren erschienen und wurden zum Teil verteidigt. Die Angeschuldigten sind lediglich in bezug auf ihre Verantwortlichkeit für die Verbreitung der Schriften einvernommen worden, wobei es sich zeigte, daß die wenigsten die Verantwortung tatsächlich übernehmen wollten.

Die Vertreter der Kläger betonten insbesondere, der Richter würde der ganzen Sache einen großen Dienst erweisen, wenn er die „Geheimnisse der Weisen von Zion" oder die „Zionistischen Protokolle" grundlegend auf die Frage der Echtheit untersuchen lassen würde. Es wurde deshalb beantragt, die Ergebnisse der Untersuchung in Basel zu diesem Prozeß zu nehmen und die dortige Zusammenstellung „Konfrontation" zu den Akten zu erkennen. Außerdem wurde der Antrag gestellt, es sei eine Expertise anzuordnen, welche über die Echtheit oder Unechtheit der „Protokolle der Weisen von Zion" Aufschluß geben soll. Der Richter gab diesen Anträgen statt, sodaß die Anordnung einer Expertise durch ein Dreier-Kollegium gerichtlich beschlossen wurde. Je ein Experte soll von den beiden Par-

Das Schisma im Protestantismus vollzogen

Die Konstituierung der Bekenntniskirche

Am Sonntag ist der endgültige Bruch zwischen der Reichskirche und der Bekenntniskirche vollzogen worden. In der St. Annen-Kirche in Dahlem, der Kirche des ehemaligen U-Boot-Kommandanten und jetzigen Führers des Pfarrernotbundes, Niemöller, fand die Verlesung der vom Bruderrat der Bekenntniskirche angenommenen Resolutionen durch den Präsidenten Dr. Koch statt.

„Reichsbischofs Müllers Ziel: Ein Reich, ein Volk, eine Kirche, hat den Geist des Evangeliums in der deutschen evangelischen Kirche vernichtet", heißt es in der Entschließung, durch die zugleich die Gründung einer neuen protestantischen Kirche in Deutschland vollzogen wird.

„Das Regime des Reichsbischofs hat" — sagt die Entschließung weiter — „die Mission der Kirche den staatlichen Gewalten überantwortet, die Verfassung der deutschen evangelischen Kirche ist durch Herrn Müller und Herrn Jäger zertrümmert worden, ihr gesetzliches Organ existiert nicht mehr. Die Männer, die im Reiche und in den Ländern die Kirchenführung usurpierten, haben sich durch ihre eigenen Taten **von der christlichen Kirche losgetrennt.**

Angesichts des Zwanges, der auf die Bekenntniskirche und die ihr angehörenden Pastoren ausgeübt wird, macht die Bekenntniskirche vom Rechte des Notstandes Gebrauch und **ernennt die neue Kirchenführung der deutschen evangelischen Kirche.**

Die Synode beauftragt den Bruderrat der Bekenntniskirche mit ihrer Verwaltung und Vertretung und wählt aus seiner Mitte den Rat der Bekenntniskirche zur Führung der Geschäfte." Bischof Koch von Oeynhausen ist zum vorläufigen Oberhaupt der deutschen evangelischen Kirche bestimmt worden und wird sich zunächst in Berlin aufhalten, um die Antwort der Reichsregierung abzuwarten. Vom 1. November an wird die Bekenntniskirche keine Kirchensteuer mehr zahlen, bis sie vom Staat anerkannt wird.

Alle Organe, Pastoren und Beamten sind beauftragt worden, der Reichskirche und allen, die mit ihr in Verbindung stehen, **den Gehorsam aufzukündigen.** Die Verfassung der neuen Kirche wird der Reichsregierung mitgeteilt werden. Die Bekenntniskirche fordert ihre staatliche Anerkennung, daß in Fragen der Kirchenverfassung und Lehre der Kirche die ausschließliche Rechtsgewalt zusteht.

Wie verlautet, hatte der Stellvertreter Hitlers, Reichsminister H e ß, und Justizminister G ü r t n e r, eine längere Besprechung mit Reichskanzler Hitler über die Lage in der deutschen evangelischen Kirche. Ueber das Ergebnis der Aussprache wird strengstes Stillschweigen gewahrt.

*

Der Landeskirchenrat Pfarrer S t o l l (Bayern) hat „im Auftrage des rechtmäßigen Landesbischofs" von Bayern (Meiser) und des Landeskirchenrates an Hitler, „unseren Führer", ein Schreiben gerichtet, worin gegen Meisers Abberufung „zugunsten Usurpators" protestiert und u a erklärt wird:

„Der rechtmäßige Landeskirchenrat ist nicht gewillt, das Kirchenregiment in die unreinen Hände eines sogenannten Rechtswalters zu übergeben. Aus der (beigelegten) Kundgebung des Landesbischofs und des Landeskirchenrats ersehen Sie, wie unsäglich hart die Not **durch die Herren Jäger und Müller** in unserer Kirche geworden ist. Die durch diese Herren geschaffenen Zustände erinnern peinlich an die Revolte von 1918 und an die Räteherrschaft unseligen Angedenkens. Es ist eine Schmach, einen Landesbischof, dessen vaterländische Haltung gerade in der Zeit der Räteherrschaft in München unter Bewis gestellt worden ist, in seiner Wohnung Tag und Nacht unter Polizeibewachung gefangen zu halten. Die Empörung der kirchentreuen Gemeinde ist groß."

Schließlich wird in dem Briefe auf die „entsetzlichen" Folgen verwiesen, die „das Polizeiregiment des Rechtswalters Jäger" für Kirche und Volk hat.

*

Mit welcher persönlichen Erbitterung der Kampf in der evangelischen Kirche geführt wird, geht aus einer Veröffentlichung des in Stuttgart erscheinenden „Schwäbischen Merkurs" hervor, der eine Erklärung des Büros des Reichsstatthalters bringt, die von der politischen Polizei als Pflichtmeldung bezeichnet wird. Darin wird gegen ein Flugblatt Stellung genommen, das von der geschiedenen Gattin Dr. Jägers verbreitet wurde und das scharfe Angriffe gegen Dr. Jägers Privatleben und seine Person enthält. Die Erklärung betont, daß Dr. Jägers Charakter tadellos sei und stellt fest, daß die gerichtliche Scheidung Jägers nicht wegen Ehebruchs, sondern wegen allgemeiner Zerrüttung der Ehe erfolgt sei. Ursache hiefür sei die krankhafte Geistesstörung der Gattin Dr. Jägers gewesen. Sämtliche Einzelheiten des Flugblattes

teien bezeichnet werden, während der Gerichtspräsident den dritten Experten ernennen werde.

In der Folge schlugen die Kläger als ihren Experten Dr. M. Haller, Professor der Theologie und gegenwärtig Rektor an der Berner Universität vor, während die Angeschulrigten einen Pastor Münchmeyer in Oldenburg als ihren Experten bezeichneten. Der Gerichtspräsident seinerseits bestimmte als dritten Experten C. A. Loosli, Schriftsteller in Bern-Bümpliz.

Prof. Dr. Haller sah sich in der Folge veranlaßt, als Experte zurückzutreten, da er, nachdem er sich mit der Materie intensiver beschäftigt hatte, einsehen mußte, daß ihm als Semitist und Hebräist die Kompetenz zu einem wirklich sachverständigen Urteile in der Frage der „Zionistischen Protokolle" abgehe. Er betonte, er verfüge nicht über die nötigen wissenschaftlichen Voraussetzungen, um den Beweis zu liefern, von dem er überzeugt sei, daß er geliefert werden könne und müsse.

Nachdem der Rücktritt von Prof. Haller genehmigt worden war, bezeichneten die Kläger als ihren Experten Dr. Arthur Baumgarten, Professor an der juristischen Fakultät der Universität Basel. Der letztere hat das Amt angenommen.

Die Expertenfragen wurden vom Gerichtspräsidenten zusammengestellt und dem Expertenkollegium übermittelt. Bei dieser Gelegenheit wurde festgestellt, daß der von den Beklagten genannte Experte, Pastor Münchmeyer in Oldenburg, durch die deutsche Post nicht aufgefunden werden konnte.

Es steht dem Gericht ein umfangreiches Dokumentenmaterial zur Verfügung, welches, in Verbindung mit den dazugehörigen Zeugenaussagen, geeignet sein wird, schlagkräftige Beweise zu liefern.

Mit Rücksicht auf die schwerwiegenden Probleme, die in diesem Prozeß aufgerollt werden, ist es wohl nicht zu viel gesagt, daß der ganzen Welt mit einer restlosen Aufklärung ein großer Dienst erwiesen wird. Wenn je einmal alles nur auffindbare Material herbeigezogen worden ist, um diese Aufklärung zu fördern, dann sicher in diesem Berner Prozeß.

über diesen Punkt seien erlogen. Gegen die Verbreiter, Hersteller und Unterzeichner, d. h. also auch gegen die geschiedene Gattin Jägers wurde Haftbefehl veranlaßt.

Zu dieser Nachricht bemerkt die deutsche Wochenzeitung für Christentum und Volkstum „Der Reichsbote": „Es wird unseren Lesern nicht unwichtig sein, obige Meldung kennen zu lernen. Sie darf als Beitrag zur Beurteilung einer Persönlichkeit gelten, **die heute im Zentrum der Kirchenverfassung steht.**"

Verständigung zwischen Vatikan und Moskau

Bischof Neveau reist nach Rom

Aus dem Vatikan verlautet, daß der Eintritt Sowjetrußlands in den Völkerbund zur Wiederaufnahme der Bemühungen geführt habe, der katholischen Kirche die Existenz in Sowjetrußland zu sichern und infolge des Wegfalles des Widerstandes der früheren orthodoxen Staatskirche auch im asiatischen Rußland ihre Tätigkeit wieder aufzunehmen. Der Moskauer katholische Bischof Neveau der vor acht Jahren von dem Bischof D'Herbigny insgeheim zum Bischof geweiht und vom Vatikan zum apostolischen Administrator bestellt worden war, ist mit Erlaubnis der Sowjetbehörden von Moskau nach Rom abgereist. Es geschieht zum erstenmal, daß die Sowjetregierung die Wiederaufnahme der Beziehungen zwischen der katholischen Kirche in Rußland und Rom zuläßt. Ferner wurden fünf kirchliche Würdenträger der katholischen Kirche in Rußland freigelassen, immerhin sind noch hundert Priester in den Gefängnissen. Die italienische Regierung ist ersucht worden, in Moskau auf einen Modus vivendi mit dem Vatikan hinzuwirken. Das Aktionsprogramm des Vatikans bezieht sich auch auf die Wiedervereinigung der ukrainischen Katholiken mit Rom.

*

Die Abgeordnetenkammer in Mexiko hat einstimmig beschlossen, alle römisch-katholischen Geistlichen des Landes zu verweisen. Die Behörden des mexikanischen Staates Cacaticas haben im Zusammenhang mit diesem Beschluß den Geistlichen die Abreise nahegelegt. Sämtlichen Geistlichen des Staates Cacaticas sowie die Geistlichen des Staates Chiatas sind in Richtung Mexiko City abgereist.

Die Steuern im Reich

Das Reichskabinett hat am 16. Oktober die neuen Steuergesetze verabschiedet. Es liegen zehn neue Gesetze vor, welche die wichtigsten direkten Steuern, die Einkommen-, Vermögens- und die Bürgersteuern einer eingehenden Reform, zum Teil einer Erhöhung unterziehen. Die Umwälzung, die Deutschland seit mehr als eineinhalb Jahren von Grund auf geändert hat, war bisher auf die Steuerpolitik des Reiches von geringem Einfluß. Selbst der Nationalsozialismus, der alle wichtigen Teile der öffentlichen Gesetzgebung und Verwaltung völlig reformieren wollte, hat die Steuergesetzgebung und Verwaltung möglichst wenig radikalen Reformen unterzogen. Auch der neue Staat braucht Geld, also tastete man trotz aller hochfliegenden Programme die Steuern nicht an. Man begnügte sich daher, einzelnes allmählich in die schon bestehenden Steuergesetze einzubauen, so die erhöhte Besteuerung der Ledigen und die Ermäßigung für kinderreiche Familien. Die Leitung der heutigen deutschen Finanzpolitik liegt weniger in Händen des Reichsfinanzministers von Schwerin-Krosigk, sondern bei Staatssekretär Reinhardt, der dem Verwaltungsdienst erst seit der Bildung der nationalen Koalition angehört.

Die Vorbelastung der Reichsfinanzen aus den „staatspolitisch notwendigen"

DER WOLF VON OLSTENNA

Ein Abenteuerroman aus dem nördlichen Schweden von Ludwig Osten

31. Fortsetzung.

„Herr ... Järwinna ist ein ehrlicher Mann! Ich habe nichts gestohlen! Ich sah den Tschylan tot und ich bin so furchtbar erschrocken. Ich bin gelaufen, was ich konnte, es Euch zu melden!"

„Das Märchen sollen wir dir glauben?"

Olstenna fällt ein. Ruhig sagt er: „Herr Polizeimeister ... der Mann hat es bestimmt nicht gestohlen. Wäre er sonst zu Ihnen gekommen, es zu melden? Halten Sie einen Menschen für so dumm? Nein, der hätte sich mit dem Raube seitwärts in die Büsche geschlagen. Der Leichnam lag lange genug allein. Es können ihn mehrere gesehen haben. Andere können ihn ausgeraubt haben. Järwinne hat's bestimmt nicht getan!"

Der Waldarbeiter sieht den Grafen dankbar für seine Worte an.

„Herr, ich hab's nicht getan! Bei der heiligen Mutter!"

Der Polizeimeister scheint sich der Meinung auch bereits innerlich angeschlossen zu haben, er nickt Järwinne zu und sagt milder: „Ist schon gut, Järwinna! Ist Pech für dich, daß dich die Sache in Verdacht brachte. Gut, wenn ich dich brauche, lasse ich dich rufen! Bei der Verhandlung wirst du aussagen müssen."

Olstenna nimmt mit seinen Begleitern Abschied und stumm fahren sie zurück.

*

„Ein Wolf, der Goldstücke stiehlt?" spricht Bentham plötzlich. „Eine interessante Angelegenheit."

„Was willst du damit sagen? Der Wolf hat den Raub nicht!"

„Nein, aber vielleicht der Mann ... der sich des Wolfs als Werkzeug bedient"

Olstenna zuckt zusammen und verhält unwillkürlich den Wagen, läßt ihn im Schrittempo fahren.

„Was sprichst du damit aus, Henry?"

„Daß der Wolf das Werkzeug eines Verbrechers ist, der das Geschlecht der Olstenna zugrunde richten will."

Olstenna sieht den Freund lange an, dann schüttelt er den Kopf.

„Was hast du für Gedanken?"

„Hast du an die Möglichkeit noch nicht gedacht?"

„Nein! Wer sollte ein Interesse haben, das Geschlecht der Olstenna zu vernichten?"

„Wer? Sage mir, wer wird Erbe sein, wenn du einmal nicht mehr wärest? Ich meine, wenn du unverheiratet, kinderlos stürbest?"

„Der Staat, Henry. Mit mir stirbt das Geschlecht der Olstenna aus."

„Irgendein entfernter Verwandter käme aber doch in Frage?"

„Nein ... nicht einer. Seit rund einem Jahrhundert steht das Geschlecht der Olstenna allein. Es war unfruchtbar. Wenige Nachkommen waren jeweils da. Das ging so lange, bis mein Vater ein einfaches Mädchen aus dem Volke heiratete. Sie war ihm eine gute Frau und uns eine gute Mutter. Aber auch sie stand ganz allein da, hatte keinen Menschen, der sie etwas anging. Zweierlei Blut kam zueinander, und der Ehe entsprangen drei Kaaben und ein Mädchen. Es schien, als wenn das Geschlecht über den toten Punkt hinaus sei, alle glaubten wieder an eine glänzende Entfaltung. Aber ... der Wolf hat dafür gesorgt, daß ich jetzt nur noch übrig bin. Bin ich tot, dann ist der Staat der Erbe. Niemand sonst."

Bentham schüttelt den Kopf.

„Vielleicht treibt dann Haß einen Todfeind ... gegen das Geschlecht der Olstenna zu wüten?"

„Wer sollte uns hassen und gehaßt haben? Mein Vater, meine Mutter, meine Brüder und meine Schwester und ich selber, wir haben und hatten eine Feinde. Nicht auf einen kann ich mich besinnen, der uns gram gewesen sein könnte. Wir haben alle ein stark ausgeprägtes Gerechtigkeitsgefühl. Unsere Diener sind Generationen bei uns. Sie gehören zur Familie und hängen an uns. Wer sollte uns übel wollen?"

„Es sind manchmal kleine Ursachen, Arve! Denke einmal nach, halte scharf Umschau im Geschehen der Jahre, vielleicht stößt du doch auf einen Menschen, der Grund zum Hassen zu haben glaubte"

(Fortsetzung folgt!)

Mehrausgaben, den Steuergutscheinen, den Arbeitswechseln und Ehestandsdarlehen ist enorm. Eine Ermäßigung oder Aufhebung von Steuern konnte die Reform deshalb in der Tat nicht bringen. Sie begnügt sich, eine Vereinheitlichung der Steuerverwaltung herbeizuführen und die verschiedenen neuen Gsichtspunkte der Bewegung in den Steuergesetzen zu verankern. Aber die Erleichterungen, die der Industrie und den kinderreichen Familien gegeben werden, müssen auf der anderen Seite wieder hereingebracht werden, außerdem gilt es die Steuereinnahmen des Reiches allein im Jahre 1934-35 um eine Milliarde gegenüber dem Vorjahr zu erhöhen.

Das Rückgrat der Steuereinnahmen bildet die Umsatzsteuer. Sie wurde bisher nur auf den Einzelhandel und die Produktion erhoben. Das neue Umsatzsteuergesetz unterwirft auch den gesamten Großhandel einer Steuer von einhalb Prozent, selbstverständlich bedeutet dies eine Belastung des Konsums. Eine scharfe Belastung erfahren die Aktiengesellschaften und G. m. b.H. von denen Deutschland über 45 000 zählt, durch die Einführung einer Mindestkörperschaftssteuer. Zahlreiche Gesellschaften, die in den Kriegsjahren große Verluste erlitten hatten, zahlten nämlich außer der Umsatzsteuer und der geringen Vermögenssteuer keine Steuern; sie sollen schon im Jahre 1934 wieder Steuern zahlen, und zwar 4 Prozent vom Kapital.

Das sogenannte Schatelprivileg, welches die Entstehung der großen deutschen Konzerne und Trusts ermöglichte, wird aufgehoben. Alle industriellen Unternehmungen sollen wieder nach Möglichkeit verselbständlicht werden und auf die Urform des kaufmännischen Unternehmens, den Einzelkaufmann und die offene Handelsgesellschaft, zurückgeführt werden. Die Finanzämter haben schon vor zwei Wochen alle Gesellschaften aufgefordert, in Anbetracht der kommenden steuerlichen Benachteiligungen die Frage der Rückführung des Unternehmens auf seine ursprüngliche Entstehungsgrundlage, den Einzelbetrieb eines oder mehrerer Kaufleute zu prüfen. Es ist bemerkenswert, daß die Handelskammern und natürlich auch die 40 000 G. m. b. H. alles versuchen, um dieser Reform entgegenzutreten.

Die Vermögenssteuer wird insofern erhöht, als die Freigrenze von bisher 20 000 Mark auf 10 000 Mark herabgesetzt wird, doch werden auch in dieser Steuer Ermäßigungen für kinderreiche Familien eingebaut.

Die im Juni versprochene Aufhebung der Bürgersteuer — die nichts anderes als eine zweite Einkommensteuer der Kommunalverwaltungen neben der Reichseinkommensteuer ist — kann infolge der drückenden Finanzlage der Gemeindeverwaltungen nicht erfolgen. Damit fällt die einzige Steueraufhebung, die seinerzeit in Aussicht gestellt wurde, weg. In der Reichseinkommensteuer selbst beschränkt sich die Reform auf eine Erhöhung der Ledigensteuer und einem weiteren Ausbau der schon bestehenden Familienermäßigungen.

Die Steuerverwaltungsreform beschränkt sich — außer gewisse interne Verwaltungsmaßnahmen — auf die Anlage von Listen der säumigen Steuerzahler, die im Jahre 1935 begonnen werden. Der Nationalsozialismus versucht da, in die Steuerwissenschaft ein neues Moment hineinzutragen. Die Zahlung der Steuer soll nicht mehr eine unangenehme Verpflichtung des Steuerzahlers sein, sondern die „feierliche und gewollte Pflicht des Volksgenossen an die Volksgemeinschaft". Deren Nichtbefolgung nicht nur einige zivilrechtliche Folgen hat, sondern die den Säumigen aus der Volksgemeinschaft ausschließt. Die „Schwarzen Listen" werden in regelmäßigen Zeitabständen — ähnlich wie schon die Steuersteckbriefe — veröffentlicht werden und bei der Lage der Dinge ist es zweifellos, daß die Aufnahme in die „schwarze Liste" auch andere Folgen nach sich ziehen wird, die in einer persönlichen Benachteiligung des Steuerzahlers und anderem bestehen werden. Schon heute steht die Steuerverwaltung davon ab, dem Steuerpflichtigen Mahnzettel zuzuschicken, sie begnügt sich vielmehr mit Plakatierungen an den Anschlagsäulen. Wird die zweite Mahnung nicht beachtet, so wird die Einverleibung auf der „schwarzen Liste" erfolgen.

Die Schäden der letzten Hochwasserkatastrophe in Polen.

Nach einer amtlichen Schätzung wird der Wiederaufbau der durch das Hochwasser in Polen im Juni l. Js. vernichteten staatlichen und Gemeindeobjekte, der Straßen, Brücken und Eisenbahnen rund 50 Millionen Zloty kosten. Die Schäden, die der Bevölkerung zugefügt wurden, werden auf 25 Millionen Zloty geschätzt. An Spenden sind bis jetzt 5 724 576 zl eingelaufen. Benötigt werden für die Verpflegung der Ueberschwemmungsopfer bis zur nächsten Ernte 7 420 000 zl, für die Hilfsaktion für die Landwirtschaft Zloty 9 830 000 und für den Wiederaufbau der zerstörten Privatobjekte 4 100 000 zl, sodaß die Gesamtschäden der Hochwasserkatastrophe den Betrag von 76 Millionen Zloty übersteigen. Vom Hochwasser betroffen wurden insgesamt 1270 Ortschaften, und zwar vorwiegend in den Wojewodschaften Krakau, Lemberg und Lublin.

Aus Pleß und Umgegend

Neuer Bevollmächtigter des Fürsten von Pleß. Anstelle des in Haft gesetzten Ing. Trenczak hat Dr. Schubert die Geschäfte des Bevollmächtigten des Fürsten von Pleß übernommen.

Remontenankauf. Am Montag, den 29. Oktober, vormittags 9 Uhr, werden auf dem hiesigen Marktplatze Remonten angekauft.

Verkehrskartenerneuerung. Von Freitag, den 26. d. Mts., bis Dienstag, den 13. November, läuft die Frist zur Einreichung der Verkehrskarten mit den Anfangsbuchstaben P und R zur Erneuerung für das Jahr 1935.

Kindervorstellung im Bielitzer Stadttheater. Am Sonnabend, den 27. d. Mts., nachmittags 4 Uhr, findet in Bielitz die erste Kindermärchen-Vorstellung „Dornröschen", Kindermärchen mit Musik und Tanz in drei Akten und drei Zwischenspielen nach Brüder Grimm statt. Der Spielplan des Bielitzer Stadttheaters kann jeweilig in unserer Geschäftsstelle eingesehen werden.

Großfeuer in Gillowitz. Die Ortswehren von Miedzna, Guhrau und den umliegenden Gemeinden wurden nach Gillowitz alarmiert, wo auf bisher ungeklärte Weise in der Tischlerei Valentin Janosz ein Brand entstanden war. Die Flammen fanden in dem Holzvorrat reichliche Nahrung. Eine riesige Feuerlohe schlug gegen den Himmel und erfaßte bald das ganze Gebäude. Sämtliche Maschinen, Werkzeuge und die daneben lagernden Holzbestände wurden vernichtet. Ein Funkenmeer überschüttete die umliegenden Baulichkeiten und endeten in einer Scheune, die ebenfalls bis auf die Grundmauern mit der diesjährigen Ernte verbrannte. Mit Mühe konnte daneben ein Wohnhaus gehalten werden. Die Bewohnerschaft, die die furchtbare Gefahr erkannte, die auch noch anderen Anwesen drohte, eilte in Scharen herbei und beteiligte sich an dem Rettungswerk. Hierbei erlitten mehrere Personen Brandwunden. Der Schaden ist sehr hoch, bisher aber nicht in vollem Umfange festgestellt. Die Löscharbeiten hatten teilweise unter empfindlichem Wassermangel zu leiden.

Von der Anklage des Totschlages freigesprochen. Im Juni starb plötzlich in Guhrau der 31 jährige geistesschwache Josef Lorek. Ueber seinen Tod gingen im Dorf verschiedene Gerüchte umher, u. a. daß die Schwester und der Schwager Lorek in unmenschlicher Weise geschlagen und auf diese Weise seinen Tod verursacht hätten. Die Gerichtsbehörden ordneten deshalb eine Leichenöffnung an, wobei festgestellt wurde, daß das Gesicht und die Hände des Toten starke Verletzungen aufwiesen. Der gegen die Eheleute anhängig gemachte Prozeß wegen Totschlages vor der Großen Strafkammer in Kattowitz endete am Dienstag mit einem Freispruch für die Angeklagten. Die Eheleute erklärten, Lorek niemals geschlagen zu haben. Lorek sei plötzlich schwer krank geworden und kurze Zeit darauf verstorben. Einigen Zeugen, meist Nachbarn der Angeklagten, war nicht bekannt, daß die Eheleute den Lorek jemals mißhandelt hätten. Das Gericht fällte daher einen Freispruch.

Aus aller Welt

Ein Zeitungsjubiläum: 150 Jahre „Times"

Die große englische Tageszeitung „Times feiert im kommenden Jahre ihr 150 jähriges Bestehen. Von dieser Zeitung hat man einmal gesagt, daß sie ehrenvoll unter den Kulturgütern bestehe, die die Welt der organisatorischen Kraft des angelsächsischen Geistes verdanke.

Die Zeitung wurde 1685 von John Walter gegründet. Noch heute gehört ein Nachkomme ihres Gründers, auch ein Walter, ihrem Direktorium an. Auch dieses Blatt hat trotz seiner ständig wachsenden Popularität in den vielen Jahrzehnten seines Bestehens manchmal schwere Zeiten durchgemacht. Mehr als einmal war es vom Untergang bedroht. Immer wieder aber fanden sich dann patriotische Engländer, die es als ihre Ehrenpflicht betrachteten, der Zeitung aus ihren finanziellen Schwierigkeiten zu helfen. Während der Finanzkrise im Jahre 1908 ging das Blatt in das Eigentum des Zeitungskönigs Lord Northcliffe über. Aber schon 1923 machte sich die „Times" aus diesem Zeitungstrust frei. Unter Leitung von J. J. Astor und Arthur Walter wurde das Blat das, was man ein „Nationalinstitut" nennen kann. Der internationale Leserkreis der „Times" hat von all diesen Schwierigkeiten nie etwas merken können. Immer hat das Blatt ein eigenes Gesicht zu behalten verstanden und nimmt auch heute noch durch den hochstehenden Gehalt seiner Artikel und durch die vorbildliche technische Ausgestaltung einen ersten Platz ein in der Weltpresse.

Immer gemäßigt, unabhängig und wahrheitsliebend kann man diese Zeitung ein Ruhmesblatt der Journalistik nennen. Trotz der riesigen Summe, die der Verlag „The Times" an Annoncen verdient — man hat sie pro Tag auf 60 000 Mark geschätzt — haben die leitenden Männer es verstanden, das Blatt nie unter den Einfluß des Großkapitals kommen zu lassen. Niemals hat die Zeitung Jagd gemacht nach falscher Popularität wie etwa „Daily Mail", die heute noch jedem Leser, der einen tödlichen Unfall meldet, dafür eine Prämie von 1000 Pfund Sterling zahlt! Während des Konkurrenzkampfes zwischen Lord Rothermere und Berry hat die „Daily Mail" wöchentlich eine halbe Million an Prämien ausgegeben. Die Blätter von Lord Rothermere haben augenblicklich eine Auflage von mehr als 2 00 000. Die „Times" hat die Auflagenziffer von 300 000 niemals überschritten.

Verantwortlich für den Gesamtinhalt Walter Block, Pszczyna. Druck und Verlag: „Anzeiger für den Kreis Pless, Sp. z ogr. odp.", Pszczyna, ul. Piastowska 1.

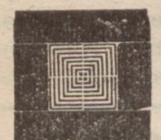
Herren- u. Damen-Pelze

Neuanfertigung, Änderungen u. Reparaturen, Große Auswahl in modernen Besatzfellen, Aufnähen moderner Damenkragen, Komplette Pelzfutter

S. RINGWELSKI, Pszczyna

Unentgeltlich

nur gegen Regiebeitrag



Unterricht

in einfacher, doppelter u. amerikanischer Buchhaltung, polnisch-deutscher Korresp., polnisch-deutscher Stenographie, Maschinenschreiben u. s. w.

Anmeldungen in Pszczyna Sonntag, den 21. Oktober, vormittags von 10—12 Uhr ul. Mickiewica 24.

Berliner Illustrirte Zeitung

die meistgelesene und verbreiteste illustriete Zeitung — — — —

jetzt wieder erhältlich

Anzeiger für den Kreis Pleß

Paul Keller

Die vier Einsiedler

Paul Keller

ULRICHSHOF

Ganzleinen nur **6.25 zł.**

ANZEIGER FÜR DEN KREIS PLESS

MÄRCHENBÜCHER
BILDERBÜCHER
MALBÜCHER
KNABEN- UND
MÄDCHENBÜCHER

Reichhaltige Auswahl. - Billigste Preise.

Anzeiger für den Kreis Pless

Stube u. Küche

(im Zentrum) ab sofort

zu mieten gesucht.

Miete wird $^1/_2$ Jahr im voraus gezahlt. Angebote unter S 100 an die Geschäftsst. d. Ztg.

3 Stuben und Küche

ab 1. November

zu vermieten.

Wo? sagt die Geschäftsst. der Ztg.

1 Wohnung

3 Zimmer, Küche

und nötige Räumlichkeiten

zu vermieten bald oder später.

ul. Dworcowa 4.

DIE GRÜNE POST

Sonntagszeitung für Stadt und Land. Äußerst reichhaltige Zeitschrift für Jedermann. Der Abonnementspreis für ein Viertel-jahr beträgt nur **6.50 Zł.**, das Einzelexemplar **50 gr.**

Anzeiger für den Kreis Pless.

Karpfen

sind zu haben bei

F. B. Farbowsky

ul. Mickiewica 9

Stube und Küche

ab sofort

zu vermieten.

ul. Strzelecka 33.

Das Herren-Journal

Eine Zeitschrift für Mode, Gesellschaft und die angenehmen Dinge des Lebens

Anzeiger für den Kreis Pless.

Richard Skowronek

Grenzwacht im Osten

Zwei Romane in einem Band. Die beiden bekannten Skowronek-Romane. **„Sturmzeichen“** u. **„Das große Feuer“** ungekürzt. Ganzleinenband nur 6,25 zł.

Zu haben im

Anzeiger für den Kreis Pleß

PAPIER-LAMPEN-SCHIRME

in allen Preislagen erhältlich im **Anzeiger für den Kreis Pleß**

Soeben erschienen:

G. C. Heer

An heil. Wassern

Roman aus dem schweizerischen Hochgebirge. Leineneinband nur 6,25 zł.

Zu haben im

Anzeiger für den Kreis Pleß

Praktische Damen- und Kindermoden

Frauenfleiß
Deutsche Modenzeitung
Der Bazar
Die elegante Mode
Frauenspiegel
Mode und Heim
Fürs Haus

Anzeiger für den Kreis Pleß

Inserieren bringt Gewinn!